

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: Riese, Postfach Nr. 20, Wetzlar Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto: Dresden 1530, Strosser: Riesa Nr. 52.

Nr. 65.

Donnerstag, 17. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Arbeitsbeschaffung und Unturbelung.

Grenzen und Notwendigkeiten.

Zwischen Schilla und Charobis, zwischen den beiden Gefahrenpunkten illegitimer Kreditausweitung einerseits und völliger Vermürdung der arbeitslosen Massen andererseits bewegen sich die Pläne zur Verfassung neuer Arbeitsbeschaffungs- und alle Ueberlegungen zur Unturbelung der Wirtschaft. Die beiden Gesichtspunkte drücken die Grenzen einerseits und die Notwendigkeiten andererseits aus, an denen alle Versuche zur Lösung des Problems zu orientieren sind. Wenn also der preussische Finanzminister Meppner in seiner großen Rede u. a. auf die Gefahren aufmerksam machte, die daraus entstehen können, wenn die Finanzpolitik sich dazu verleiten läßt, durch subventionellen Aufwand den Versuch einer Unturbelung der Wirtschaft zu unternehmen, so war diese Warnung geboren aus pflichtgemäher Ueberlegung aller möglichen Folgen finanzpolitischer Maßnahmen und nicht etwa, wie es hier und da in bewußter Verkennung der Ueberzeugungen und Absichten Meppners gedeutet wurde, aus einer grundsätzlichen Ablehnung jeglicher „Anfurbelungs-Politik“.

Auch der Reichswirtschaftsrat, der jetzt mit Zustimmung der Reichsregierung, aber aus eigener Initiative ein Rahmenprogramm für Arbeitsbeschaffung fertiggestellt hat, macht darauf aufmerksam, daß die Reichsbank eine Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprojekten auf dem gekennzeichneten Wege nur in sehr eingeschränktem Umfang ausführen könnte. Die Grenzen, innerhalb deren sich die Stellungnahme der Reichsbank bewegen muß, sind ohne weiteres gegeben durch den Grundgedanken der Aufrechterhaltung der bisherigen Geldmarkt- und Kreditverhältnisse, der Vermeidung ihrer Gefährdung durch illegitime Erweiterung, die gar zu leicht ins Bodenlose herabfallen könnte. Es ist ernsthaft nicht zu bestritten, daß die Geld- und Kreditpolitik der Reichsbank darauf gerichtet sein muß, das Bestehende, soweit es dessen würdig ist, zu sichern und zu erhalten. Eine nur auf die Unterbringung von Arbeitskräften abgestellte Arbeitsbeschaffungs- und Kreditpolitik würde einerseits die gesteckten Ziele nicht erreichen, andererseits den gegenwärtigen Bestand der Wirtschaft weiter beeinträchtigen, würde also auf der anderen Seite den Arbeitsmarkt neu um so viel belasten, wie er auf der einen Seite durch die fraglichen Maßnahmen entlastet worden wäre.

Der Reichswirtschaftsrat hat bei der Ausarbeitung seines Arbeitsbeschaffungsprogramms an diese Grenzen und Bedingungen selbstverständlich gedacht und sich davon Rechenschaft gegeben, daß weder Reich, noch Länder und Gemeinden daran denken können, öffentliche Mittel in nennenswertem Umfang zur Verfügung zu stellen. Man hat die Schwierigkeiten durch die Ausarbeitung eines Finanzierungssplans zu überwinden versucht, der vor allen Dingen mit Hilfe der Privatbanken die notwendigen Mittel beschaffen will. Das könnte unter der Voraussetzung einer zweifelsfreien Ertragsfähigkeit des einzelnen Projektes geschehen, für dessen Durchführung dann die erforderlichen Geldmittel durch Schaffung diskontfähiger Papiere beizubringen wären. Die Privatbanken dürften in erster Linie als Käufer solcher Papiere in Frage kommen und wären auch in der Lage, sich auf Grund dieser Papiere bei der Reichsbank die notwendigen Vorkittel zu beschaffen, wobei zu bemerken wäre, daß dieser Bargeldbedarf in den allermeisten Fällen relativ unbedeutend wäre.

Im einzelnen sieht das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichswirtschaftsrates folgende Projekte vor: Reichsbahnarbeiten (erforderliche Kredite ca. 100 Millionen Mark); zu beschaffende Arbeitskräfte ca. 30 000, Reichspostarbeiten (für 1932 50 Millionen Mark und ca. 15 000 Arbeitskräfte), Hochwasserschutz (230 Millionen Mark, ca. 105 000 Arbeitskräfte), landwirtschaftliche Meliorationen (200 Millionen Mark und 120 000 Arbeitskräfte), Landwirtschaft (für 1932: 50 Millionen Mark und 10 000 Arbeitskräfte), dazu Arbeiten am Ausbau des Straßennetzes im Umfang von 200 bis 710 Millionen Mark, wobei je nach Maßgabe der aufgewandten Mittel 77 000 bis 300 000 Arbeitskräfte beschäftigt werden könnten, und Hausreparaturen im Umfang von 300 bis 500 Millionen mit Beschäftigungsmöglichkeiten für 135 000 bis 225 000 Arbeitskräfte. Teilweise würden die erforderlichen Mittel vielleicht zu verringern sein, wenn man den freiwilligen Arbeitsdienst in geeigneten Fällen in Anspruch nähme, dessen Förderung der Reichswirtschaftsrat für durchaus erwünscht hält. Voraussetzung — so wird gesagt — sei allerdings eine Beschränkung auf Arbeiten, die sich für Jugendliche besonders eignen und für die Familienmitglieder, deren Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß besonders erwünscht sei, nicht in Frage kommen könnten. Im übrigen müssen, wie auch der Reichswirtschaftsrat betont, zusätzliche Arbeiten in erster Linie für ältere kinderreicher Familien bereitgestellt werden, die ganz besonders lange aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet gewesen sind.

Steinwürfe gegen das litauische Konsulat

Berlin, 17. März.

Gegen das Gebäude des hiesigen litauischen Generalkonsulats warfen gestern drei junge Burschen einige Steine; eine Fenster Scheibe wurde zertrümmert. Einer der Täter konnte festgenommen werden. Die Täter hatten kurz vorher mehrere Zeitungsredaktionen angerufen und mitgeteilt, daß drei Mitglieder der radikalen Straßer-Gruppe ein Atentat auf das litauische Konsulat begehen würden.

Die deutsche Antwort auf das Donaumemorandum.

von Berlin. Die deutsche Antwort auf das französische Donaumemorandum ist dem franz. Vorkämpfer übergeben worden. Aus der Antwort der Reichsregierung ergibt sich als deutsche Auffassung, daß den Donauländern nur dadurch wirtschaftlich geholfen werden kann, daß man ihnen den Absatz ihrer Waren erleichtert. Das kann nur geschehen, und zwar schnell, durch bevorzugte Abnahme ihrer Waren, wie wir sie Deisterreich bereits durch unsere Antwort auf den Durech-Appell in Aussicht gestellt haben, und wie wir sie weiterhin den Agrarländern durch unsere Präferenz-Aktion die seit 14 Jahren im Gange ist und jetzt im Begriff steht, verwirklicht zu werden, angeboten haben. Die Einprüche, die von Sowjet-Rußland, Argentinien und anderen Ländern gegen die Präferenz-Verträge mit den südeuropäischen Staaten drohen, sind jetzt soweit aus dem Wege geräumt, daß diese Verträge in kürzester Frist in Kraft gesetzt werden können.

Die deutsche Antwort weist weiter darauf hin, daß die von uns vorgeschlagene Lösung unmittelbar greifbar ist und rasch wirksame Hilfe bringen kann, während die anderen Pläne, die darauf abzielen, einen größeren Wirtschaftsraum zu bilden, erst nach langen Auseinandersetzungen verwirklicht werden können. Das gilt besonders für den Plan, der den französischen Memorandum zugrunde liegt, daß man zunächst nur einen Wirtschaftsraum, bestehend aus den Donauländern selbst, bilden sollte. Dieser Plan wird von der Regierung als wirtschaftlich abwegig bezeichnet, weil er insbesondere nicht in der Lage ist, den Agrarüberschüssen dieser Länder einen genügenden Absatzmarkt zu verschaffen. Die Reichsregierung sagt weiter, daß der deutsche Vorschlag, nämlich Präferenzen für den ganzen österröschischen Absatz und Agrarpräferenzen für die Agrarstaaten zu gewähren, auch dem entspreche, was Frankreich vor einem Jahr in Genf im Europa-Ausschuß vorgeschlagen hat.

Die deutsche Antwort kommt zu dem Ergebnis, daß wir ebenso wie die italienische Regierung der Meinung sind, daß angesichts der Wirtschaftslage mit einem Meinungsaustrausch zwischen den Agrarstaaten allein nicht genügt wäre. Der Meinungsaustrausch müsse von vornherein auch mit den Vertretern der großen Anbauländer stattfinden, insbesondere mit den Vertretern Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands.

Aus der deutschen Antwort ergibt sich noch, daß nach unserer Auffassung zu den nördlichen Donauländern Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien gehören. Diese Auffassung weicht insofern von dem franz. Memorandum ab, als dort einerseits Bulgarien nicht erwähnt ist, andererseits aber die Tschechoslowakei, die zwar zu den Donauländern gehört, aber nicht zu den nördlichen, da die Tschechoslowakei nicht mehr als alle anderen Länder unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu leiden hat.

Widerstände gegen eine Donauöderation.

Betrachtungen des Pariser „Temps“.

„Le Temps“ beschäftigt sich heute nochmals mit dem Plan einer Donauöderation. Das Blatt ist davon

überzeugt, daß dieser Plan noch auf ernstem Widerstand stoßen werde, weil er gewissen politischen Bestrebungen zuwiderlaufe.

Zwischen den 5 Staaten Mitteleuropas herrsche Misstrauen. In gewissen englischen Kreisen würden Einwendungen wegen der möglichen Rückwirkung auf die englische Wirtschaft gemacht. Italien verzichte nicht freiwillig auf den Gedanken einer aktiven Beteiligung, und Deutschland könne sich nicht entschließen, zuzustimmen, daß ohne seine Vormundschaft ein wirtschaftlicher Donaublock entstehe, der seinem Traum von einem Mitteleuropa endgültig ein Ende bereiten würde.

Nichtsdestoweniger sei der wirtschaftliche Zusammenschluß der mitteleuropäischen Länder absolut notwendig, wenn man Österreich und Ungarn vor einer Katastrophe retten wolle.

Tschechische Stimmen gegen Donaupläne.

„Pravda“ in der Hauptversammlung der Zentralvereinigung der slowakischen Industrie erklärte Handelsminister Ratanek, für eine wirtschaftliche Reorganisation Mitteleuropas werde die vorherige Zustimmung der interessierten Großmächte notwendig sein. Erst dann werde an einen Austausch der Anschauungen der unmittelbar beteiligten Staaten über die Formen der stufenweisen wirtschaftlichen Zusammenarbeit geschritten werden können.

Der Generalsekretär des tschechoslowakischen Industriellenverbandes, Dr. Dodec, gab der Meinung Ausdruck, ein auf die Donauländer beschränktes Präferenzsystem könne weder eine Lösung des großen handelspolitischen Problems, noch des europäischen, noch des tschechoslowakischen bedeuten. Das Donaugebiet werde große Ueberschüsse an Agrarprodukten haben, für die in anderen Staaten Absatz gesucht werden müsse.

Südslavien gegen den französischen Donaubund-Plan.

Belgrad. Das Blatt des Außenministers, die „Pravda“, berichtet aus Genf, daß der südslavische Außenminister Marinkowitsch dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslavien auf keinen Fall der Schaffung eines Vorzugsbundes zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustimmen würde. Südslavien sei auch gegen die Vorzugsbündnisse zwischen Jugoslawien mit Österreich und Ungarn. Für Südslavien sei es eine Lebensfrage, Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Es sei daher der Ansicht, daß der derzeitige Zustand günstiger sei, als wenn eine enge Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest bestände.

Zugleich berichtet die „Pravda“ über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde. Es beständen in dieser Hinsicht noch immer dieselben Hindernisse, die seit zehn Jahren jeden Versuch einer Neuregelung der mitteleuropäischen Verhältnisse zum Scheitern gebracht hätten.

Postetat angenommen. — Keine Gebührenentfaltungen.

von Berlin. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost ist in Berlin zu einer mehrtägigen Sitzung zusammengetreten, die zunächst der Beratung des Postetats für 1932 gewidmet war.

Reichspostminister Dr. Schägel, der den Etat einbrachte, konnte feststellen, daß die Post als einzige Verwaltungsbehörde im Reich zur Zeit einen Etat aufstellen könne. Wenn auch die Finanzlage der Post infolge der rückläufigen Betriebsentwicklung sehr angepannt sei, sei das Fundament der Post gesund. Sie verfüge bei einem Gesamtvermögen von 2,5 Milliarden lediglich über eine Schuldsumme von 500 Millionen. Der Vorschlag für 1932 schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 1,8 Milliarden Mark ab, gegenüber 2,2 Milliarden im Vorjahr. Auch der Vorjahrsetat war aber durch nachträgliche Kürzungen schon auf zwei Milliarden herabgesetzt worden. Die Ablieferung an das Reich ist mit 239 Millionen vorgesehen. Zur Deckung des Defizits muß erstmalig die Rücklage in Ansatz genommen werden, und zwar sollen von den 100 Millionen Mark zunächst 40 Millionen in Anspruch genommen werden. Die Ausgaben müßten auf allen Gebieten weiter eingeschränkt werden. Alle Sachausgaben einschließlich der sachlichen Betriebskosten, also ohne die Personalkosten, sind auf 300 Millionen gegenüber 310 Millionen im Vorjahr veranschlagt.

Die Mittel für Neuanlagen im Fernsprechwesen sind dabei von 114 auf 82 Millionen gekürzt worden. Die Ausgaben für Bauten sind auf etwa 30 Millionen gegen 70 im Vorjahr herabgesetzt.

In der Aussprache spielten auch die in der Öffentlichkeit laut gewordenen Wünsche auf eine Senkung weiterer Postgebühren, namentlich der Telefon- und Rundfunkgebühren, eine Rolle. Der Postminister gab die strikte Erklärung ab, daß angesichts der Finanzlage der Reichspost weitere Gebührenentfaltungen untragbar seien. Diese Auffassung wurde von der Mehrheit des Verwaltungsrats anerkannt. Mit weiteren Gebührenentfaltungen ist also bis auf weiteres nicht zu rechnen. Mit der Spezialfrage der Rundfunkgebühren wird sich der Verwaltungsrat nach heute Donnerstag beschäftigen. Auch hier ist aber keine Gebührenentfaltung zu erwarten, zumal die Bestimmungen über die Gebührenbefreiung für Erwerbslose schon jetzt liberal gehandhabt werden.

Der Etat für 1932 wurde vom Verwaltungsrat verabschiedet. Der Verwaltungsrat befaßte sich dann mit den Abfindungsverträgen, die mit Bayern und Württemberg wegen der Ueberlassung der Posteinrichtungen der Länder an die Deutsche Reichspost abgeschlossen werden sollen. Die Beratungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Großer Grubenbrand in Nordböhmen

Acht Bergleute im brennenden Schacht eingeschlossen

Brüg, 17. März. Im Kohinorochacht, einer der größten Gruben des nordwestböhmischen Braunkohlenreviers, entstand um Mitternacht in etwa 350 Meter Tiefe ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Die bei den Abperrungsarbeiten beschäftigten Arbeiter wurden von dem sich langsam ansammelnden Kohlenoxydgas betäubt. Gerade in dieser kritischen Situation fuhr die abblönde Belegstaff

ein, die sofort die Rettungsarbeiten begann. Bis auf acht Mann, denen der Rückweg infolge der Vergasung der Stollen abgebrochen worden war, konnten alle Bergleute gerettet werden. Etwa zwanzig von ihnen hatten bereits Gasvergiftungen erlitten.

Die noch eingeschlossenen acht Bergleute konnten noch nicht geborgen werden. Die Rettungsmannschaften konnten infolge der herrschenden Hitze, die die Gummibestandteile der Gasmasken zerstörte, zu den Eingeschlossenen bisher nicht vordringen.